Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 542 — Donnerstag, 17. November 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 341
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/40

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Ortsnachschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1066 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Rücktrittserwägungen des Kabinetts

Die Entscheidung liegt beim Reichspräsidenten

Berlin, 17. Nov. Das Reichskabinett hat sich heute vormittag um 11 Uhr zu der angekündigten Sitzung versammelt. Der Kabinettssitzung gingen Einzelbesprechungen des Reichskanzlers voraus, nach deren Verlauf in politischen Kreisen der Eindruck vorherrscht, daß das Kabinett möglicherweise den Beschluß fassen wird,

dem Reichspräsidenten seine Gesamtdemission anzubieten.

Kommt das Kabinett zu dieser Entscheidung, so wird es natürlich zunächst geschäftsführend im Amte bleiben. Der Reichspräsident hätte dann eine breitere Basis für seine Verhandlungen mit den Parteien. Es ist übrigens nicht anzunehmen, daß der Beschluß des Kabinetts bekanntgegeben wird, ehe der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Vortrag gehalten hat.

Noch kein Beschluß gefaßt

Die Kabinettssitzung dauerte bis gegen 18,45 Uhr. Der Reichskanzler wird den Reichspräsidenten am Nachmittag zur Berichterstattung aufsuchen. Entgegen den Erwartungen, ist der Beschluß über den Gesamtrücktritt des Kabinetts noch nicht gefaßt worden.

•

Hierzu drahtet uns unsere Berliner Schriftleitung: Schon das Gerücht allein, daß unter den Füßen des autoritären Kabinetts Papen der Boden wanke, hat zu einer Ueberfülle von Berechnungen parlamentarischer Schach- und Winkelzüge aller Art geführt, so daß der Eindruck entsteht, als solle Deutschland mit allen Methoden in jene Zeiten zurückgeführt werden, wo die Reichsregierung ein Spielball der politischen Parteien und anderer Gruppen war. Zunächst erscheint es noch müßig, sich an dem Spiel der Vermutungen zu beteiligen, da alles in den Händen des Reichspräsidenten liegt. Es liegen noch keinerlei Gegengründe für die Auffassung vor, daß der Reichspräsident eine solche Demission nicht annehmen dürfte. Bekanntlich stellt Reichspräsident v. Hindenburg zur innerpolitischen Lage zwei Grundbedingungen, an denen er festhält. Die erste lautet, daß die Regierung auch weiterhin parteiunabhängig und autoritär sein müsse, und die zweite besteht darin, daß an dem Wirtschaftsprogramm und den Notverordnungen der Regierung Papen festzuhalten sei. Es ist noch nicht zu sehen, welcher Kanzler und welches Kabinett in der Lage sein könnte, diese beiden Bedingungen zu erfüllen.

Als sicher kann gelten, daß der Reichspräsident morgen und übermorgen Besprechungen mit den Parteiführern persönlich haben wird.

Möglicherweise wird an diesen Besprechungen Reichskanzler von Papen auch dann teilnehmen, wenn er sich im Zustande der Demission befinden sollte. Auf diese Besprechungen stellen sich die beteiligten Parteien, vor allem Nationalsozialisten und Zentrum, bereits heute ein. Beide haben Denkschriften ausgearbeitet mit personellen und sachlichen Vorschlägen, die sie dem Reichspräsidenten unterbreiten wollen.

Bei Beginn der Kabinettssitzung traf das Antwortschreiben des Führers der Nationalsozialisten auf die Einladung des Reichskanzlers ein. Ueber seinen Inhalt wird nichts mitgeteilt, doch trifft es sicherlich zu, daß Hitler dem Reichskanzler die Weigerung mitteilt, mit ihm persönlich zu verhandeln und lediglich mit dem Reichspräsidenten zu sprechen wünscht.

Welche Entschlüsse inzwischen das Kabinett gefaßt hat, ist noch unbekannt. Es wird auch strengstes Stillschweigen darüber gewahrt. Ob es zu einem Angebot des Kanzlers, persönlich zu demissionieren, kommt, oder zum Angebot der Gesamtdemission, oder, was durchaus nicht unmöglich ist, zu keinerlei Aenderung der Lage, ist noch nicht zu übersehen.

Die Auffassung der Nationalsozialisten

Berlin, 17. Nov. Im „Angriff" veröffentlicht am Donnerstag Dr. Goebbels eine Betrachtung der Lage, wobei er unter anderem schreibt: Bevor man überhaupt an eine Lösung der großen deutschen Krise herantreten kann, muß der Reichskanzler beiseitetreten und jenen politischen Kräften das Feld freigeben, die befugt sind, im Namen der Nation zu reden und zu handeln. An dieser unbezweifelbaren Tatsache wird auch der Herr Reichspräsident nicht vorbeikommen können. Die nationalsozialistische Bewegung ist, selbst nach der Einbuße vom 6. November, allen anderen Parteien so weit voraus,

daß sie für sich die Führung der deutschen Politik nicht nur beanspruchen kann, sondern auch beanspruchen muß.

Man verstehe uns nicht falsch. Wenn die nationalsozialistische Bewegung in der Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme auch die Pflicht sieht, ein gleiches oder doch wenigstens entsprechendes Maß an Macht zu fordern, so entspringt das nicht etwa parteipolitischer Willkür, die sich bedenkenlos über politische Begebenheiten hinwegzusetzen versucht. Wo gibt es einen Ausweg aus diesem Dilemma? Weder englische König würde in dieser Situation Adolf Hitler rufen und ihm die Bildung einer neuen, im Volke verankerten Regierung in die Hand legen. Sollte das, was in England selbstverständlich ist, in Deutschland unmöglich sein? Und hier liegt auch der einzige Weg, der aus der Krise herausführt und neue Zukunftsmöglichkeiten eröffnet.

Die Ziele des Zentrums

Berlin, 17. Nov. Die Verhandlungsführer des Zentrums, die Abgeordneten Kaas und Joos, haben, nach einer Mitteilung des Reichsgeneralsekretariats der Deutschen Zentrumspartei, dem Reichskanzler am Bußtag nachstehende Ausführungen überreicht, worin die Haltung des Zentrums folgendermaßen umrissen wird:

„Der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen unhaltbaren Lage ist die Bildung einer Regierung, die in voller Wahrung der Rechte des Reichspräsidenten und einer zielbewußten, starken Staatsführung die seit Monaten unterbrochene Verbindung mit der Volksvertretung wiederherstellt

und sich in einer festen Mehrheit den unentbehrlichen Rückhalt schafft.

Nur so kann eine friedliche und organische Weiterentwicklung im politischen Leben der Nation gesichert werden. Nur so kann der deutschen Wirtschaft die Ruhe gewährleistet werden, die wesentliche Voraussetzung ihrer Erholung und ihres Aufstiegs ist. Nur so kann Deutschland in die weltpolitischen Auseinandersetzungen um seine Gleichberechtigung und finanzielle Wiedergesundung mit der Autorität eintreten, welche die Größe der zu bewältigenden Aufgaben und der außenpolitischen Widerstände verlangt. Eine nüchterne Prüfung der Gesamtlage ergibt, daß die

Zusammenfassung der politischen Kräfte zu einer starken Not- und Arbeitsgemeinschaft,

deren Bildung sachlich durchaus möglich ist, unter der gegenwärtigen politischen Führung und im Rahmen des gegenwärtigen Kabinetts ausgeschlossen bleibt. Hieraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, daß die Reichsregierung ohne weiteren Verzug durch einen freiwilligen Schritt ihrerseits dem Herrn Reichspräsidenten den Weg für die Durchführung der großen Sammelaktion freimacht.

Die Deutsche Zentrumspartei stellt für das Ziel der Schaffung einer starken, volksverbundenen Regierung und für die beschleunigte Durchführung ihrer Aufgaben jede verfassungsmäßig verantwortbare Mitarbeit zur Verfügung."

Reichsrat am Freitag nachmittag

Berlin, 17. Nov. Der Reichsrat ist für Freitag nachmittag zu seiner nächsten Sitzung einberufen worden. Als wichtigster Punkt steht auf der Tagesordnung die Beschlußfassung über die von den Vereinigten Ausschüssen zum Streit des Reiches mit der preußischen Staatsregierung Braun gefaßte Entschließung.

Sir Simons große Abrüstungsrede in Genf

Was Deutschland erlaubt, was verboten bleiben soll

Genf, 17. Nov. Der englische Außenminister Simon hielt heute in einer öffentlichen Sondersitzung des Büros der Abrüstungskonferenz seine seit Tagen mit größter Spannung erwartete große Rede über die neue Auffassung der englischen Regierung zu den Grundfragen der Abrüstung. Simon sprach wie üblich frei mit großer rhetorischer Geschicklichkeit und Sicherheit und führte in seiner einstündigen Rede unter anderem aus: Die französischen Vorschläge stellten eine so eingehend ausgearbeitete Behandlung der Abrüstungsfrage dar,

daß es nicht nur unvorsichtig, sondern unmöglich sei, hierzu in Kürze Stellung zu nehmen.

Die Vorschläge verdienten von jedem Standpunkt aus eine genaueste Prüfung. Die englische Regierung erkenne durchaus den Geist dieser Vorschläge an und sei für diese Vorschläge dankbar. Die englische Regierung habe jedoch im Gegensatz zu den französischen Vorschlägen nicht die Absicht, einen neuen Plan vorzulegen, der mit dem französischen Plan in Wettbewerb treten könne. Die englische Regierung suche vielmehr

zu einer internationalen Vereinbarung in der Abrüstungsfrage zu gelangen.

In dem gegenwärtigen Augenblick beschäftige die englische Regierung zunächst eine Vorfrage, die nach ihrer Auffassung in einer endgültigen Weise gelöst werden müsse, bevor man zu der Ausarbeitung eines ins einzelne gehenden Abrüstungsplanes schreite. Die englische Regierung suche jetzt die

Grundlagen für eine Lösung der Gleichberechtigungsfrage

zu finden. Diese Frage halte die Arbeiten der Abrüstungskonferenz auf. Die Erklärung, die er im Namen der englischen Regierung hierzu abgebe, werde eine Beseitigung dieser Schwierigkeiten ermöglichen und die Lage in der Weise wieder herstellen, daß sämtliche Mitglieder der Abrüstungskonferenz gemeinsam an der Ausarbeitung des konkreten internationalen Abrüstungsplanes auf einer gemeinsamen, befriedigenden Grundlage mitarbeiten könnten.

Simon betonte sodann, daß er sich der Einfachheit halber bei der Behandlung der Gleichberechtigungsfrage nur mit dem Fall Deutschland befassen werde, obwohl auch die gleichen Erwägungen für Oesterreich, Ungarn und Bulgarien gelten. Er legte dann den Standpunkt der englischen Regierung zu der Gleichberechtigungsfrage

in folgenden vier Punkten dar:

Punkt 1: Der Vertrag von Versailles ist ein Instrument, das sämtliche Unterzeichnerstaaten bindet. Die allgemeinen anderen Verträge können nicht durch einen einseitigen Akt beseitigt, sondern nur auf dem Wege eines Abkommens abgeändert werden. Es handelt sich hierbei insbesondere um die Abrüstungsartikel und die Wiederherstellung des Vertrauens. Der französische Plan enthält den Vorschlag über die Rekrutierung der Kontinentalarmeen, der zu einer Abänderung der Bestimmungen des Teiles V des Versailler Vertrages und damit zu einer Anwendung des Grundsatzes der Gleichberechtigung führt.

Punkt 2: Aus der Präambel zum Teil 5 des Vertrages und Clemenceaus gleichzeitiger Erklärung im Namen der Alliierten ergebe sich ohne Zweifel, daß die Deutschland auferlegte Abrüstung zu dem Zweck beabsichtigt und ausgesprochen wurde, um ein wesentliches Maß der allgemeinen Abrüstung einzuleiten.

Punkt 3: Ohne gewisse Abrüstungsmaßnahmen anderer Staaten unterschätzen zu wollen, bleibe die Tatsache bestehen,

daß, während Deutschland den Beschränkungen des Friedensvertrages unterworfen ist, andere Nationen der Welt noch nicht gegenseitigen bindenden Verpflichtungen zur Begrenzung und Herabsetzung ihrer Rüstungen unterstehen,

abgesehen von den Flottenverträgen in Washington und London. Eine weitere Tatsache sei, daß andere Nationen sich noch diejenigen Waffen erlauben, die durch den Friedensvertrag Deutschland verboten sind.

Punkt 4: Inzwischen sei Deutschland ein vollberechtigtes Mitglied des Völkerbundes geworden, und es habe das unbestreitbare Recht erlangt, eine gleiche Stellung einzunehmen.

Der englische Außenminister wiederholte sodann die Erklärungen, die er bereits im Unterhaus abgegeben hat. Diese Erklärungen, so führte er aus, seien die Grundbedingungen, durch deren Erfüllung die durch die Forderung nach Gleichberechtigung entstandene Frage gelöst werden könne.

Die englische Regierung schlage vor,

1. Alle europäischen Staaten sollten sich in einer feierlichen Erklärung zusammenfinden, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, irgendwelche gegenwärtigen oder künftigen Streitigkeiten unter sich mit Gewalt zu lösen.

2. Die Beschränkung der deutschen Rüstungen sollen in der gleichen Abrüstungskonvention enthalten sein, die auch die Rüstungsbegrenzungen der anderen Staaten bestimmen wird.

Auf diese Weise wird der Teil V des Versailler Vertrages für Deutschland durch das künftige Abrüstungsabkommen ersetzt.

3. Die neuformulierten Begrenzungen der deutschen Rüstungen haben die gleiche Dauer und werden den gleichen Revisionsbedingungen unterworfen, wie die sämtlicher übrigen Mächte. Dies bedeutet eine Aenderung von allergrößter Tragweite, da gegenwärtig die Entwaffnungsklauseln des Versailler Vertrages im Gegensatz zu allen sonstigen internationalen Abmachungen zeitlich unbegrenzt sind. Der Grundsatz der Gleichberechtigung fordert jedoch, daß in Zukunft keine Unterscheidung mehr über die Zeitdauer der Abrüstungsbestimmungen unter den einzelnen Staaten gemacht wird. Sämtliche Unterzeichnerstaaten des künftigen Abrüstungsabkommens müssen sich in der Frage der Dauer der Revision in der gleichen rechtlichen Lage befinden.

4. Liste der Waffen: Deutschland erklärt, daß es nicht die Absicht habe, aufzurüsten. Deutschland wünscht vielmehr die Anerkennung des Grundsatzes, daß die den anderen Mächten erlaubten Waffen Deutschland nicht

SLUB
Wir führen Wissen.